

Nr. 02/23

Datum: 05. Januar 2023

BVMW-Umfrage 2022/23

Umfrage: Unternehmer gehen optimistisch ins neue Jahr – Bundesregierung muss 2023 zu einem Jahr des Mittelstands machen

Berlin – Der unternehmerische Mittelstand startet trotz aller Herausforderungen – hohe Energiekosten, Fachkräftemangel und Rohstoffknappheit – verhalten zuversichtlich in das neue Jahr. Dies zeigt die aktuelle Unternehmerumfrage 2022/23 des Bundesverbandes Der Mittelstand. BVMW. Daran haben sich vom 15. bis 30. Dezember 2022 bundesweit rund 1.400 Unternehmerinnen und Unternehmer aller Branchen beteiligt.

Demnach ist die Mehrheit der Mittelständler im Blick auf die eigene Geschäftslage zuversichtlich. Mehr als die Hälfte schätzen ihre eigene Geschäftslage als gut oder sehr gut ein, ein Drittel als befriedigend. Zudem rechnen zwei Drittel der Unternehmen damit, dass sich die Geschäftslage in diesem Jahr gleichbleibend oder günstiger entwickeln wird.

Der Optimismus zeigt sich auch in der Investitions- und Personalplanung: Vier von zehn Mittelständlern planen ein ebenso hohes Investitionsvolumen wie im Vorjahr, mehr als ein Viertel sogar ein höheres. Den Personalbestand halten wollen 53 Prozent, fast 40 Prozent wollen die Zahl der Beschäftigten noch steigern – sofern sie geeignete Arbeitskräfte finden.

Deutlich pessimistischer sind die Unternehmerinnen und Unternehmer dagegen mit Blick auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland. Knapp 80 Prozent erwarten in den kommenden zwölf Monaten eine Rezession. Konjunkturprognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute gehen für 2023 nur von einem leichten Rückgang des Wachstums aus.

„Die Unternehmen haben ihre Resilienz ausgebaut und neue Lieferketten sowie Energiesparmaßnahmen implementiert. Jetzt muss auch die Politik mitziehen. Das bedeutet eine konsequente Entlastung des Mittelstands bei Steuern und Abgaben und keine neuen bürokratischen Lasten. Die Bundesregierung muss 2023 zu einem Jahr des Mittelstands machen“, betont Markus Jerger, Vorsitzender des Bundesverbandes Der Mittelstand. BVMW.

Die Umfrage macht deutlich, wo der Mittelstand akuten Handlungsbedarf der Bundesregierung sieht: in der Energiepolitik und bei der Lösung des Fachkräfteproblems. So mussten rund 80 Prozent der Unternehmen in den vergangenen zwölf Monaten teilweise drastisch gestiegene Energiekosten verkraften.

Mehr als 90 Prozent der Mittelständler haben Schwierigkeiten, offene Positionen im Unternehmen zu besetzen. In diesem Zusammenhang plädieren 62 Prozent für ein flexibles Renteneintrittsalter auch über 67 Jahre hinaus. Eine erleichterte Anerkennung ausländischer Abschlüsse und Qualifikationen im Zuge der Verbesserung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes fordern gut 64 Prozent.

Der BVMW. Gemeinsam für einen starken Mittelstand.

Ausgesprochen unzufrieden sind die Mittelständler mit der bisherigen Arbeit der Bundesregierung. Sie wird von 45 Prozent mit den Schulnoten 5 oder 6 bewertet. Entsprechend schlecht schneiden die Parteien der Ampel-Koalition bei der Sonntagsfrage ab. Spitzenreiter sind hier Union (38,6%) und FDP (17,6%), gefolgt von den Grünen (16,7%) und der AfD (9,5%). Klare Verlierer sind die SPD (4,3%) und die Linke (1,1%).

Über den Verband:

Der Mittelstand. BVMW e. V. ist die größte politisch unabhängige und branchenübergreifende Interessenvereinigung der kleinen und mittleren Unternehmen. Im Rahmen der Mittelstandsallianz vertritt der Dachverband BVMW politisch zudem mehr als 30 mittelständisch geprägte Verbände mit insgesamt 900.000 Mitgliedern.

Weitere Informationen unter: www.bvmw.de

Der BVMW. Gemeinsam für einen starken Mittelstand.